

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Egon Bahr MdB zum jüngsten Buch von Günter Gaus: Ein Bild unserer deutschen Wirklichkeit.

Seite 1

Jan Klinkenberg MdEP zur Bonner Weigerung, zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Handelsflotte beizutragen: Ein Schlag gegen Reedereien und Seelente.

Seite 4

Michael Müller MdB zur Gefahr globaler Umweltkrisen: Ozonloch und Treibhauseffekt. (Teil II)

Seite 5

43. Jahrgang / 85

4. Mai 1988

Ein Bild unserer deutschen Wirklichkeit

Gedanken zum jüngsten Buch von Günter Gaus „Deutschland im Juni“

Von Egon Bahr MdB *
Mitglied des SPD-Präsidiums

Günter Gaus hat erfahren, daß ich meine Kritik an ihm nicht unserer Freundschaft opfere. Keine Ahnung hatte ich, welche Art von Buch ich da vorstellen sollte. Er hielt es, einer brütenden Henne gleich verborgen, wohl wissend, daß ich zu den altmodischen Menschen gehöre, die gern erst etwas lesen, bevor sie darüber sprechen. Kurz: Er riskierte einen Verriß, sicher weich verpackt und in Glanzpapier gehüllt, zumal seine „Welt der Westdeutschen“ noch gar nicht recht verdaut ist und diese erstaunlich schnelle Fruchtbarkeit - schon wieder ein Buch - die Frage nach der Qualität geradezu provoziert.

Aber das Risiko war begrenzt; denn schon die Sicht der Dinge macht uns zu Brüdern: Die Einsicht, daß die Teilung unabsehbar ist, wie die Ablehnung jener Mischung, in der die Heuchelei stärker enthalten ist als die Zutaten innenpolitischer Feigheit und Illusion. Ihre neueste Manifestation findet sich in der Exhumierung der alten Formulierung, daß die Wiedervereinigung die vordringlichste Aufgabe ist. Da wird offenbar gar nicht bemerkt, wie lächerlich der Stolz ist, 1988 Adenauer mit einem Postulat zu zitieren, das seine Tagespolitik schon vor 25 Jahren Lügen gestraft hatte. Die vordringlichste Aufgabe ist Sicherheit und nicht Wiedervereinigung. Keine Sorge: Die Ausfüllung des Grund-

* Egon Bahr trägt die hier fixierten Gedanken zum jüngsten Buch von Günter Gaus heute bei dessen Präsentation durch den Kiepenhauer & Witzsch-Verlag in Köln vor.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kontrollieren Sie sorgfältig
mit unseren Robuflin
Kontrolliergerät



lagenvertrages und die Vollendung des westeuropäischen Binnenmarktes sind die Gesprächsthemen des Kanzlers mit Honecker und Mitterrand und nicht die Einheit. Es lebe die Komik der Heuchelei: Sie predigen Wein und trinken Wasser.

Nur wer die Zweistaatlichkeit ohne jedes Augenzwinkern bejaht und ihre Chancen im geteilten Europa sucht, kann über Deutschland reden, frei von einem Revisionismus, der noch in seiner Kraftlosigkeit schädlich bleibt. „Deutschland im Juni“ heißt also der Titel, der zusammen schaut, was hier und drüben geschah. Nicht 1953 ist gemeint, als Fremdheit und Unwissen den Kanzler vermuten ließen, der Marsch der Arbeiter von der Stalinallee zum Haus der Ministerien sei eine sowjetische Provokation, sondern der Juni letzten Jahres.

Eine schöne Idee, auf die man erst einmal kommen muß, zunächst einfach zu erzählen, was da in einem Monat passierte: Das Rockkonzert westlich mit den Krawallen östlich des Brandenburger Tores, der Besuch Reagans auf unserer Seite und der Kirchentag auf der anderen. Aber dann geschieht etwas sehr kunstvolles: Die geschulte Genauigkeit des Journalisten nimmt die Einzelheiten in den Blick, wie bei der Betrachtung eines Gemäldes: Nichts gibt es dort, was nicht schon bei der Schau des Gesamtbildes zu sehen gewesen wäre, aber nichts haben wir gesehen oder verstanden, solange das Detail nicht ins erkennende Gehirn gebracht wurde.

Tiefe und Bedeutung des Ganzen werden enthüllt, in dem die Teile Bilder, Kameraeinstellungen, authentische Formulierungen der Teilnehmer großen Theaters, Redner, Reporter, Bürger, wiedergegeben werden. Gleichzeitig kann der Autor Abstand und Erfahrung des Handelnden in den Text einbringen, Kenntnisse eines, der auf beiden Seiten der Barrikade heimisch ist, Stärke und Schwäche der Beschreibenden, wie der Beschriebenen kennt. Diese Würze macht den bekömmlichen Salat vorzüglich.

Was bei all dem zu Tage tritt, liest sich köstlich und makaber, ironisch und erfrischend, simpel und kompliziert, kurz: Es wird zum Bild unserer deutschen Wirklichkeit. „Von der Gnade des schnellen Vergessens“ ist da zu lesen und ihren vielen Profiteuren. Wie weit das auch Fluch ist, bleibt unausgesprochen.

Da heißt es: „Vermutlich trägt heutzutage wenig sonst, kein Bundesanwalt, keine Rakete und kein Gebet, soviel zum inneren und äußeren Frieden bei, wie die unterhaltsame Zerstreuung auch in der Politik.“ Ist die Realität so zynisch? Von jenem Juni 1987 wird gesagt: „Auch der westdeutsche Gefühlsaufruhr über die Pfingstkrawalle ist binnen Tagen überlagert worden, abgesunken zum verschwiegene Erinnerungsschatz des gesunden Volksempfindens.“ Aber diese ziselierte Formulierung gilt zeitlos, für die Art, in der unsere Öffentlichkeit die Vorgänge dieses Frühjahrs drüben wahrnimmt, nicht weniger. Und können wir uns etwas anderes wünschen für den vor uns liegenden Juni? Da liegt der Beweis nahe, daß die „Vernunft notfalls verlangt, die Augen zu verschließen“, schreibt der gespaltene Individualist Gaus, Bürger des gespaltenen Landes, der die ungespaltene Staatsbürgerschaft verdient.

Da ist einer auf der Suche nach der Realität hinter dem dargebotenen Schein. Er findet in der Beobachtung des Reagan-Besuches, daß die Darstellung unserer Freiheit die Freiheit verdrängt und das schmerzt um so mehr, als er die Kraft der Gesetze nicht leugnet, die unserer Fernsehgesellschaft zu eigen sind. Wer unter dem Verlust an Würde leidet, weil sich unser Staatswesen immer mehr in Formen als in Inhalten darstellt, der wird als Demokrat aufgebeuhren, auch scharf, sogar zynisch. Aber in dem Sarkasmus dieses Günter Gaus verhüllt sich verschämt die Neigung zu einem Land, das er Liebe zu nennen kaum wagen würde.

Ich widerstehe ungern der Versuchung, Formulierungsproben dieses Buches zu geben, gewissermaßen um künftigen Lesern das Maul zu wässern. Ich kann versichern, man kommt auf seine Kosten, beim Spaß an Dabem wie an Feinsinnigem. Wie schwer es für den Reporter ist, wenn die Live-Übertragung einer historischen Stunde sich auf 240 Minuten ausdehnt. Eigene Erinnerung kann bestätigen, daß vier Stunden Geschichte am Wortschatz zehren.

Ich habe Günter Gaus einmal gesagt, ein gutes Buch von ihm wäre wichtiger als zeitraubende Wahlkampfhilfe. Ich habe mich mehr als einmal an die Dichte und Kraft seiner Sprache erinnert als ich „Deutschland im Juni“ las. Du weißt, Günter, daß ich Schmeichelei hasse. Ich habe gefunden, daß die Beherrschung der Form und der Reichtum Deiner Sprache erkennbar gewachsen sind. Nicht nur jene Stelle hat literarische Qualität, in der Ostberlin beschrieben wird, sich entwickelnd aus den Rinnsalen seiner sandigen Wege über die kleinbürgerlichen Kolonien, die Arbeiterviertel zum Zentrum hin. Du hast Dir eine Dimension erschlossen, die Du gewiß gern aufgeben würdest fürs unliterarische, verlautbarungsarme Regieren, mit dem etwas zu bewegen ist. Schreiben als wirkliche Lust im Wartestand.

Übrigens: Wer verstehen will, was heute in der DDR passiert, die Ungeduld seiner Jugend, den Balanceakt der Regierung wie der evangelischen Kirche, der findet zur Zeit nichts besseres und nuancenreicheres als das, was in dem Kapitel über den 24. bis 28. Juni verangenen Jahres steht. Das lohnt, nicht zuletzt, weil auch der kenntnis- und erfahrungsreiche Günter Gaus vor dem gordischen Knoten, der nicht zerhauen werden darf, ratlos steht. Mit der Ausnahme der vorsichtigen Frage, ob nicht für bestimmte besonders qualifizierte Übersiedler eine Karenzzeit gelten könnte, bevor sie hier im dort erlernten Beruf arbeiten dürfen. Das Nachdenken lohnt, vielleicht leiser besser als laut, wenn man wie Günter Gaus helfen möchte, drüben wie hier.

Günter, Dir ist ein schönes Buch gelungen.

(-/4.5.1988/rs/ks)

* * *

Ein Schlag gegen Reedereien und Seeleute

Zur Bonner Weigerung, zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Handelsflotte beizutragen

**Von Jan Klinkenberg MdEP
Stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments**

Die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der SPD-Fraktion zur Deutschen Handelsflotte ist ein Schlag ins Gesicht für alle deutschen Reedereien und Seeleute.

Zu den von der Konferenz der norddeutschen Wirtschafts- und Verkehrsminister vorgeschlagenen steuerlichen Entlastungsmaßnahmen für die Reedereien stellt die Bundesregierung lapidar fest, daß mit der Steuerreform der Spielraum für weitere steuerliche Entlastungen in dieser Legislaturperiode ausgeschöpft sei und eine besondere Lohnsteuerentlastung für Seeleute auf Schiffen unter deutscher Flagge lehnt sie unter Berufung auf steuerrechtliche Grundsätze ab.

Damit weist die Bundesregierung es von sich, von den einzigen wirksamen Mitteln Gebrauch zu machen, die der deutschen Handelsflotte zu einigermaßen ausgeglichenen Ausgangsbedingungen im internationalen Wettbewerb verhelfen könnte. Die Folgen davon wird die Bundesregierung zu verantworten haben, wenn es eines Tages kein Schiff unter deutscher Flagge und keinen deutschen Seemann mehr gibt.

Völlig verlogen aber ist es, wenn die Bundesregierung darauf hinweist, daß sie Initiativen der EG-Kommission für „positive Maßnahmen“ zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsflotten unterstützt. Denn alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die EG-Kommission in diesem Zusammenhang genau diejenigen steuerlichen Erleichterungen vorschlagen wird und muß, die die Bundesregierung in der nationalen Diskussion gerade abgelehnt hat.

Es ist bedauerlich, wenn die Berufung auf die Europäische Ebene, auf der in der Tat die maßgeblichen Entscheidungen getroffen werden, von der Bundesregierung dazu mißbraucht wird, ihre Absage an eine deutsche (und auch eine europäische) Flotte zu verschleiern.

Unter diesen Umständen überrascht es nicht mehr, daß die Bundesregierung anstelle einer gestaltenden Politik den Ausweg einseitiger Schuldzuweisungen einschlägt und, statt ihrer umfassenden Verantwortung für die Erhaltung der deutschen Flotte gerecht zu werden, nur Vorschläge über eine Änderung der Schiffsbesetzungsregeln prüft, die sich allein zu Lasten der Arbeitnehmer auswirken würden. Angesichts der starren Haltung der Bundesregierung verlieren aber alle Appelle an die Arbeitnehmervertretungen, sich in diesem Punkt kompromißbereit zu zeigen, ihre Glaubwürdigkeit. Wer die deutsche und die europäische Seeschifffahrt erhalten will, darf die notwendigen Opfer nicht auf das schwächste Glied der sozialen Kette, den Seemann, abwälzen.

(-/4.5.1988/rs/ks)

Ozonloch und Treibhauseffekt (Teil II und Schluß)

Zur Gefahr globaler Umweltkrisen

Von Michael Müller MdB
SPD-Obmann in der Bundestags-Enquete-Kommission
Schutz der Erdatmosphäre

Geschäftsführender Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion

Um die Dimension dieser Veränderung zu erfassen, muß man sich vergegenwärtigen, daß im Verlaufe von Jahrtausenden die mittlere Temperatur auf der Erde zwischen Eis- und Warmzeiten nur um circa minus fünf Grad Celsius bis plus zwei Grad Celsius gegenüber dem heutigen mittleren Wert von plus 15 Grad Celsius schwankte.

Der CO₂-Gehalt steigt dramatisch an: Seit etwa 1800 von damals 280 ppm auf dem heutigen Wert von rund 350 ppm. Die heutige jährliche Freisetzung von rund fünf Milliarden Tonnen Kohlenstoff durch die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas sowie von eins bis drei Milliarden Tonnen pro Jahr durch die Zerstörung der Biosphäre (Rodung von Wäldern und Bodenzerstörungen) lassen befürchten, daß der Kohlendioxid-Gehalt der Luft in den nächsten 50 bis 100 Jahren auf 500 bis 600 ppm ansteigt. Selbst wenn die Freisetzung sofort konstant bleibt, würde der CO₂-Gehalt noch auf circa 400 bis 500 ppm ansteigen. Die rapide Zerstörung der weltweiten Waldbestände veranschaulichen die folgenden Zahlen: vor rund 5.000 Jahren war noch mehr als ein Drittel der Landfläche der Erde bewaldet. 1860 war es noch etwas mehr als ein Viertel und heute ist gerade noch ein Fünftel der Landfläche mit Wäldern bedeckt. Die derzeitige Abbaurate beträgt 0,5 Prozent pro Jahr. Das sind im Durchschnitt pro Minute fast 20 Hektar. Die Waldvernichtung ist nicht nur wegen der damit verbundenen CO₂-Freisetzung klimatisch bedenklich, sie zerstört auch eines der größten CO₂-Bindungspotentiale, und mit den tropischen Regenwäldern den für den Wassertransport in der Atmosphäre, Niederschlagsmengen, Monsunregen etc. mit Abstand wichtigsten terrestrischen Verdunster. Weitere nennenswerte Freisetzung von Kohlendioxid erfolgen durch den Abbau von Humus nach Erosion, der häufig als Konsequenz von Waldzerstörung oder aber im Gefolge von Intensivlandwirtschaft und Monokulturen auftritt.

Hinzu kommen die klimawirksamen Spurengase, die für die nächsten 50 bis 100 Jahre im weltweiten Mittel einen Temperaturanstieg in einer vergleichbaren Höhe wie beim CO₂ vermuten lassen. Insgesamt muß diese Entwicklung als dramatisch bezeichnet werden. Zwar flacht die Verbrauchskurve in den traditionellen Industriestaaten bis zur Stagnation ab, aber die Ansprüche der anderen Länder wachsen. Allein die Befriedigung des Energiebedarfs in China bedeutet unter den heutigen Bedingungen den jährlichen Anstieg der CO₂-Freisetzungen um ein Prozent.

Viele der Auswirkungen dieser Entwicklung lassen sich modelltheoretisch erahnen. So könnten sich beispielsweise:

- fruchtbare Flußmündungen in unfruchtbare Salzgebiete verwandeln,
- die heutigen Trockenzonen im nördlichen Afrika, in Zentralasien und in den südlichen Gebieten der USA um Hunderte von Kilometern nach Norden wandern und damit Südeuropa, die südliche UdSSR und weite Teile der USA, die heute noch fruchtbare Regenzone sind, in subtropische Trockengebiete verwandeln,
- die Niederschläge in den feuchten Tropen noch erhöhen und dafür in den benachbarten, dicht besiedelten Subtropen die Regenfälle ausbleiben,
- in den verschiedenen Bereichen der Meeresspiegel weiter ansteigen (in den letzten 25 Jahren ist der Meeresspiegel an der deutschen Nordseeküste um durchschnittlich 20 Zentimeter angestiegen) und Inseln und Küsten überfluten. Weltweit kann in den nächsten 200 bis 400 Jahren ein Meeresspiegelanstieg um 500 bis 600 Meter nicht ausgeschlossen werden, mit der Konsequenz der Überflutung ganzer Inselgruppen, fruchtbarer Flußmündungen und tiefer liegender Küstenbereiche, der Vernichtung vieler Feuchtgebiete und der Beeinträchtigung der Grundwasservorkommen.

Eine Bewertung der bekannten Fakten

Mit dem Ozonloch und den Tendenzen einer weltweiten Klimaveränderung durch den Menschen stehen wir vor den bisher größten umweltpolitischen Herausforderungen. Es ist fraglich, ob wir diese Gefahren abwenden können. Es sind dringend konsequente Maßnahmen vor allem auf den Feldern

- Chemieeinsatz (Verminderung von Spurengas-Emissionen),
- Energieeinsatz (von der Verbrennung für Strom/Wärme bis zum Treibstoffverbrauch in Maschinen/Kraftfahrzeugen),
- Landwirtschaftspolitik (Einsatz von Düngemitteln und Intensivierungsmethoden bei Viehzucht und Anbauflächen müssen drastisch verringert werden),
- Entwicklungspolitik (Chance auf eine eigenständige, umweltverträgliche Entwicklung),
- Außenhandelspolitik (Import von Tropenwaldprodukten wie Harthölzer und geschützte Tierarten).

Mit der Arbeit der Enquete-Kommission werden entscheidende politische Kontroversen zwischen den Parteien behandelt, aber in einer globalen, langfristigen Perspektive. Dazu gehören beispielsweise der Streit um die Nutzung der Atomenergie oder den verantwortbaren Einsatz von synthetischen Stoffen, ebenso auch die Auseinandersetzung um die Entwicklungspolitik und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Es ist notwendig, dieser Arbeit auch den notwendigen Stellenwert und größere Aufmerksamkeit zu geben. Es geht um strategische Grundsatzfragen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung und der politischen Handlungsoptionen. Hier sind vor allem die Industrieländer gefordert, denn sie nutzen bei rund 1/4 der Weltbevölkerung rund 80 Prozent des gesamten Metall- und Energieverbrauchs.

Das unseriöse Doppelspiel von Umweltminister Töpfer

Im krassen Mißverhältnis zu diesen Gefahren steht eine unzureichende, ja halbherzige Politik. So wird zur Zeit bei der EG-Kommission eine Regelung zur Produktionsreduzierung für die das O₃-Loch verursachende Gase, die FCKW, bearbeitet, die in der nächsten Zeit endgültig verabschiedet werden soll und dann strenge nationale Regelungen verbietet. Um das völlig unzureichende Maßnahmenpaket verbindlich zu machen, bedarf es allerdings der Zustimmung der Bundesregierung: Hier ist die Glaubwürdigkeit von Minister Töpfer gefordert - Wer bessere Regelungen will, muß zu solchen Regelungen „nein“ sagen.

An einem Beispiel läßt sich die Dürftigkeit der EG-Vorschläge demonstrieren: Die Firmen müssen keine Mengenangaben über die FCKW-Produktion veröffentlichen, sondern lediglich die von einem Londoner „Vertrauensbüro“ zusammengestellte EG-Zahl wird bekanntgegeben. Neben einer fehlenden Kontrolle läßt dieses Verfahren auch zu, daß Reduzierungen in einem Staat dadurch „kompensiert“ werden können, daß ausländische Tochterunternehmen betroffener Chemiekonzerne das mehr produzieren, was die Mutterfirma reduziert hat. Statt konsequenter Umwelt-Vorsorge Chemie auf dem Verschiebebahnhof.

Die SPD warnt deshalb Bundesumweltminister Töpfer vor einer Politik der vollendeten Tatsachen. Bonn muß gegen den unzureichenden EG-Vorschlag ein Veto einlegen, um dann national wie europäisch eine ökologisch vertretbare Lösung möglich zu machen.

Die SPD stellt fest, daß der Bundesumweltminister bei seiner Politik zur Verringerung der FCKW „eiert“ und kein überzeugendes Konzept hat. Er kennt weder konkrete Produktions- noch Einsatzzahlen und macht dennoch weitreichende Ankündigungen und Versprechungen. Mit der Politik der „freiwilligen Vereinbarungen“ wird der Umweltschutz zur abhängigen Größe unternehmerischer Ehrlichkeit und Seriosität - große Zweifel über Zuverlässigkeit und Erfolg sind angebracht. Wer in Brüssel unzureichende Maßnahmenpakete mitabsegnet und diese anschließend in Bonn laut beklagt, der wäre ein falscher Prophet.

(-/4.5.1988/rs/ct)